

Lob erhielten die Bischöfe in diesem Zusammenhang etwa auch vom Direktor des kirchlichen Hilfswerkes „CAFOD“, der sich über die entschiedene Betonung der *globalen Herausforderungen* in dem Hirtenbrief freute. Konkret monieren die Bischöfe die ständige Absenkung der Entwicklungshilfe in allen wohlhabenden Staaten und fordern die britische Öffentlichkeit unter anderem auch auf, die britische Regierung in ihrer führenden Rolle bei der Suche nach Auswegen aus der internationalen Verschuldungskrise zu unterstützen. Auf mehreren Ebenen wenden sich die Bischöfe gegen *Abschottungstendenzen*. Bezüglich des in Großbritannien gerade auch im Wahlkampf besonders prekären Themas „Europa“ haben die Autoren eine lapidare Formel gefunden: Es sei durchaus möglich, Brite und Europäer zu sein.

Unter den verschiedenen angesprochenen Entwicklungen in der britischen Gesellschaft, die im „Wider-

spruch zu den Forderungen der Katholischen Soziallehre stehen“, räumen die Bischöfe der „sozialen Krise“ besonderen Stellenwert ein: dem Niedergang sowohl des individuellen als auch gesellschaftlichen moralischen Verantwortungsbewußtseins, dem Rückzug ins Private und der Suche nur des je eigenen Glücks. Dieser Verlust der Orientierung am „Gemeinwohl“ sei auch für die pessimistische Stimmung verantwortlich, die gegenwärtig auf der britischen Nation laste.

Dabei erinnert der Hirtenbrief die Briten, sie hätten doch stets, auch ohne den Begriff selbst zu verwenden, ein Sensorium für die Belange des Gemeinwohls gehabt. Und so beschließen die Bischöfe ihr Plädoyer und Lehrstück in Sachen Katholische Soziallehre mit einer hoffnungsvollen Bekräftigung: Die katholische Kirche wisse in ihrer sozialen Verkündigung immer darum, daß kein noch so negativer gesellschaftlicher Trend unumkehrbar sei. A. F.

Teil des von Gott geschaffenen und bejahten Menschen“. Auch zu anderen Themen des Begehrens sind entsprechende Dokumente in Arbeit.

Beginn eines „Dialogs für Österreich“

Der nun vorliegende „Herdenbrief“ ist das vorläufige Ergebnis eines über mehrere Stufen und Entwürfe verlaufenen Prozesses. Ausdrücklich wird mit diesem Text „keine Allgemeingültigkeit“ angestrebt. Man möchte mit den Bischöfen – sie sind die Hauptadressaten – in ein Gespräch eintreten. 14 Tage vor der Veröffentlichung war der Brief den Bischöfen zugegangen. So sollte ihnen ausreichend Gelegenheit gegeben werden, sich auf die öffentliche Debatte vorbereiten zu können.

Der 16seitige Brief unternimmt zehn Schritte, in denen eine positivere Bewertung der Sexualität versucht wird, als die Autoren sie in der kirchlichen Lehrverkündigung erkennen. Die bekannten Konfliktthemen wie Empfängnisregelung, Umgang mit wieder-verheirateten Geschiedenen, voreheliche Beziehungen, Homosexualität, Masturbation und andere kommen zwar vor, das Schreiben hebt jedoch nicht ausschließlich auf diese Themen ab, sondern ist um ihre Einbettung in einen breiteren Kontext des Verständnisses von Liebe, Eros und Sexualität bemüht. Das Schreiben endet mit 20 Thesen zum gesamten Fragenkomplex.

Zur Frage der Empfängnisregelung heißt es z. B., diese – „einschließlich der Wahl der Methoden“ – liege in der Verantwortung der Partner. „Ethisch bedeutsam“ sei, aus welchen Gründen ein Paar Nachkommenschaft wünsche oder verhindere (Nr. 13). Die „Trennung der Zeugung vom sexuellen Vollzug“ wird bejaht. Sie ermögliche es Frauen und Männern, „die Zahl ihrer Kinder verantwortungsvoll zu planen und der sexuellen Beziehung ihren Eigenwert als Ausdruck der Liebe zu erhalten“ (Nr. 12). Zum Thema Homosexualität

Kirchenvolksbegehren: Gemischtes Echo

Auf ein von Land zu Land recht unterschiedliches Echo stößt gegenwärtig das Kirchenvolksbegehren bzw. die sich daraus entwickelnde Bewegung. Während Bischöfe in den USA auf Grund der „Wir sind Kirche“-Initiative zusätzliche Polarisierung befürchten, hat der österreichische Episkopat grünes Licht für einen breiteren Dialogprozeß gegeben.

Das Medieninteresse am Fortgang des Kirchenvolksbegehrens bzw. der daraus entstandenen Bewegung „Wir sind Kirche“ hat merklich nachgelassen. Mancher, der in Deutschland vor Jahresfrist seine Unterschrift unter den Volksbegehrentext setzte, fragt sich Ende 1996, was aus dieser Initiative geworden ist. Ihr Fortgang nimmt sich alles in allem widersprüchlich aus. Die eindrucksvolle Zahl an Ländern, in denen man sich unterdessen dem Vorhaben angeschlossen hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Er-

wartungen nicht überall erfüllt werden.

Das Land, in dem die Bewegung am weitesten vorangeschritten ist, ist *Österreich*, wo sie 1995 auch ihren Ausgang nahm. Im Oktober erschien ein erster, von der Plattform „Wir sind Kirche“ seit längerem angekündigter sogenannter „Herdenbrief“ zum Thema „Liebe – Eros – Sexualität“. In dem vierten von insgesamt fünf Punkten des Kirchenvolksbegehrentextes hatte man sich eingesetzt für eine „positive Bewertung der Sexualität als wichtiger

heißt es, gleichgeschlechtliche wie andersgeschlechtliche Beziehungen seien insoweit „gut, wie sie verantwortlicher Ausdruck von Liebe sind“ (Nr. 11).

Die Autoren bezeichnen den Text als ein „Dokument der Gesprächsbereitschaft“. Dies findet darin Ausdruck, daß man sich jeglicher von der Sache her unnötigen und das innerkirchliche Gespräch belastenden Schärfen enthält. Es handelt sich auch nicht um einen im technischen Sinne moraltheologischen Traktat zu Fragen der Sexualethik, sondern um einen auch für Nicht-Fachleute zugänglichen, weil in lebensnaher Sprache abgefaßten Text. Als Prinzipien, von denen man sich bei den Überlegungen habe leiten lassen, nennen die Autoren selbst: „Behutsamkeit, um die Würde anderer nicht zu verletzen“; „Wahrhaftigkeit in der Begegnung mit anderen“; „Verantwortung für uns selbst, für das, was wir uns vertraut gemacht haben, für alles, was aus unserem Handeln folgt“.

Polarisiert das Kirchenvolksbegehren in den USA zusätzlich?

In einer ersten Reaktion auf den Brief bezeichnete es der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz, der Grazer Bischof *Johann Weber*, als „selbstverständlich“, daß der Dialog über diese Themen weiterzuführen sei. Zugleich wies er aber auch darauf hin, daß es hier „noch viel Diskussion“ brauche. Der Text schein ihm das Neue Testament zu wenig ernst zu nehmen. Dieses böte eine „sehr realistische Sichtweise und Orientierungshilfe“ für das Zusammenleben von Menschen. Das Neue Testament sei eine „Frohbotschaft des erfüllten Lebens“; es kenne und nenne aber auch die Abgründe, in die der Mensch geraten könne. Weber warnte in dem Zusammenhang vor einer „Verharmlosung des Evangeliums“.

Einen ersten Erfolg kann das Kirchenvolksbegehren in Österreich insofern verbuchen, als die Bischöfe des Landes sich nach dem als positiv eingestuften Verlauf der Mariazeller „Wallfahrt der

Vielfalt“ (vgl. HK, Oktober 1996, 495 ff.) dafür ausgesprochen haben, in einen breiten Dialogprozeß der Kirche in Österreich einzutreten. In der Abschluß-Erklärung der Österreichischen Bischofskonferenz aus Anlaß ihrer Herbstvollversammlung vom 5. bis 7. November laden sie zu einem sogenannten „Dialog für Österreich“ ein. Bis zur Frühjahrsvollversammlung des kommenden Jahres soll ein Grundtext für die Aufnahme dieses Dialogs erstellt werden. Für Oktober 1998 ist ein gesamtösterreichisches Delegierten-treffen geplant. Für ihren Ad-limina-Besuch im kommenden Jahr sichern die Bischöfe zu, die von den österreichischen Katholiken für wichtig erachteten Themen „in Rom deponieren“ zu wollen.

Im Gegensatz zu Österreich ist es bisher zu keinem vergleichbaren Gesprächskontakt der Initiatoren des deutschen Kirchenvolksbegehrens zur Deutschen Bischofskonferenz oder zum Zentralkomitee der deutschen Katholiken gekommen. Erste Auftritte in der Öffentlichkeit hatte die deutsche Bewegung „Wir sind Kirche“ am Rande des Papstbesuches in Paderborn im Juni sowie beim Katholischen Kongreß in Hildesheim im September (vgl. HK, Oktober 1996, 503). *Christian Weisner*, einer der Sprecher von „Wir sind Kirche“ auf Bundesebene und einer der Initianten des Kirchenvolksbegehrens, bezeichnete das zusammen mit der *Initiative Kirche von unten* (IKvu) in Hildesheim durchgeführte Programm als einen „Erfolg“. In einer im Herbst veröffentlichten „Zeitung“ des Kirchenvolksbegehrens brachte man die Einschätzung der Lage – ein Jahr danach – auf die Formel „Die Reformkräfte sind gestärkt. Aufbruchstimmung breitet sich aus.“

Ob Formulierungen dieser Art nüchterner Situationsanalyse standhalten oder mehr als Ermunterung zu neuem Elan zu verstehen sind, sei dahingestellt. Tatsache ist, daß gegenwärtig eine schwierige Phase der Kirchenvolksbegehren-Bewegung erreicht ist. Auf regionaler bzw. diözesaner Ebene finden gegenwärtig allenthalben Ge-

spräche über die vom Kirchenvolksbegehren vorgebrachten Themen statt. Dies ist naturgemäß weniger spektakulär als die Unterschriftenaktion vor einem Jahr. Von Diözese zu Diözese verschieden begegnet man den Vertretern von „Wir sind Kirche“ mit mal mehr, mal weniger Offenheit.

Unter den Ländern, die ein Kirchenvolksbegehren erst in diesem Jahr begonnen haben, richtet sich gegenwärtig das Interesse vor allem auf die *Vereinigten Staaten*. Am 22. Mai kündigte eine Koalition von etwa 20 bestehenden kirchenkritischen Gruppen die Durchführung des Volksbegehrens in den USA unter der Bezeichnung „We Are Church Referendum“ an (Wortlaut einer Presseerklärung in: *Origins*, 6. 6. 96, S. 37 f.). Zu den Trägern der Aktion gehören u. a. die „Women's Ordination Conference“, die Gruppe „Catholics Speak Out“, die Vereinigung für Katholikenrechte in der Kirche, „Call to Action“, „Corpus“ – eine Vereinigung verheirateter Priester –, „Catholics for a Free Choice“ und andere.

Die Suche nach öffentlichkeitswirksamen Formen des Protestes

Nur wenige Stunden nach der Bekanntgabe des Startschusses für das Kirchenvolksbegehren in den USA distanzierte sich der Vorsitzende der US-Bischofskonferenz, der Bischof von Cleveland, *Anthony Pilla*, von diesem Vorhaben (Wortlaut seiner Erklärung in: *Origins*, 6. 6. 96, S. 36 f.). Pilla bezweifelte, daß die Aktion dazu beitrage, den „Geist des Dialoges“ zu stärken. Der Text vermische Themen, über die Diskussion und Auseinandersetzung möglich seien, mit solchen, bei denen die kirchliche Lehre unmittelbar betroffen sei.

Die Initianten des Referendums rief Bischof Pilla in beschwörendem Ton auf, „nicht neue Spaltungen“ in der eigenen „Kirchenfamilie“ zu provozieren, indem man „unentwegt die Lehre und die Autorität der Kirche“ herausfordere. Statt dessen müsse es den christlichen Kirchen und kirchlichen

Gemeinschaften darum zu tun sein, Spaltungen zu überwinden. Erst Mitte August hätte der Mitte November verstorbene Erzbischof von Chicago, Kardinal *Joseph Bernardin*, den Startschuß für ein sogenanntes „Catholic Common Ground Project“ zur Stärkung einer kirchlichen Mitte gegeben (vgl. HK, Oktober 1996, 497).

Bischof Pilla erwähnte in dem Zusammenhang auch die Möglichkeit, daß sich in den USA ein „Gegenreferendum“ bilden könnte. Die entsprechende Gegenaktion zum Kirchenvolksbegehren in Deutschland „Pro Kirche“ wurde inzwischen beendet. Ohne Auszählung übergab man die gesammelten Unterschriften dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*.

Während sich die Zahl der Länder, in denen das Kirchenvolksbegehren durchgeführt wird, weiter erhöhte, zeichnet sich in manchen Ländern ein nur vergleichsweise mageres Ergebnis ab. Anfang Dezember soll die Aktion in Großbritannien und Kanada beginnen – in Québec war dies bereits geschehen. Für Januar 1997 ist der Beginn in Portugal geplant. Die Anfang 1996 gestartete italienische Aktion ist offenbar nur mühsam angelaufen. Die französische Aktion „Nous sommes aussi Eglise“ stagniert bei rund 20 000 Unterschriften. Im wallonischen Teil Belgiens kamen 10 000 Unterschriften zusammen, im flämischen in drei Monaten nur 1500, in den Niederlanden in einem halben Jahr nur 2500 (vgl. de Bazuin, 11. 10. 96): „Keine

Zahl, über die man jubeln könnte“, meinte *Henk Baars*, Vorsitzender des niederländischen Komitees „Kerk hardop“.

Für das weitere Schicksal der gesamten Aktion bzw. der sich verfestigenden Bewegung(en) hängt in den kommenden Monaten einiges davon ab, inwieweit die beabsichtigte *internationale Vernetzung* der bestehenden Initiativen gelingt. Zugleich kommt man nicht umhin, sich auch weiterhin um die Schaffung fester Strukturen zu bemühen. Außerdem ist man weiterhin bestrebt, neue, nicht zuletzt öffentlichkeitswirksame Formen des Protests und der Präsenz zu entwickeln. Die Meßlatte – der relative Erfolg in Österreich und Deutschland – liegt allemal hoch. K. N.

Weg in die Zukunft?

Warum Bill Clinton wiedergewählt wurde

Am gleichen Tag, an dem in Moskau Boris Jelzin am Herzen operiert wurde, haben die Amerikaner ihren Präsidenten gewählt. Bill Clinton ist nach Franklin D. Roosevelt, der 1944 zum dritten Mal wiedergewählt wurde, der erste Demokrat, der eine zweite Amtszeit im Weißen Haus antreten wird. Clintons Vorsprung war schon seit Monaten so groß gewesen, daß nie an seiner Wiederwahl gezweifelt werden mußte. Nachdenklich macht, daß die Wahlbeteiligung nur 49 Prozent betrug und die niedrigste seit 1924 war.

„Thank you, and God bless America!“ Mit dieser Formel schloß *Bill Clinton* in Little Rock (Arkansas) um 11 Uhr abends – in New York war es Mitternacht und in Deutschland 6 Uhr früh am 6. November 1996 – seine Annahmerede vor jubelnden Anhängern und vor den Fernsehkameras. Die politische Anspannung war in angenehmer Weise übergegangen in eine anrührende Freudenfeier, als der Gewählte in dieser Stadt des „Bible Belt“, wo er seinen politischen Aufstieg begonnen hatte, sich mit seinem Wahlsieg zu identifizieren begann. Clinton gewann bei der *popular vote* mit 49 Prozent fast die Hälfte aller Stimmen (1992 nur 43 Prozent), *Bob Dole* 41 Prozent und der unabhängige Kandidat *Ross Perot* nur 8 Prozent (1992 noch 19). Bei der entscheidenden Wahl der Elektoren in den 50 Staaten (*electoral vote*) erhielt Clinton, der in 31 Einzelstaaten gewann, die überwältigende Mehrheit der *electors* (379 für Clinton, 159 für Dole).

Die Wahlbeteiligung war mit 49 Prozent die niedrigste seit 1924: der Präsident wurde lediglich von einem knappen Viertel der Wahlberechtigten gewählt. Gewählt wurde Clinton

vor allem von Frauen (54 Prozent, nur zu 44 Prozent von Männern), von den Leuten mit geringem Einkommen, von Latinos und Schwarzen, von Wählern unter 30 Jahren und von denen, die eine höhere Bildung haben. Das deutet hin auf eine Zusammenführung von Wählergruppen, die in den dreißiger Jahren die Roosevelt-Koalition gebildet hatten, welche man für längst zerbrochen gehalten hat.

Die am 5. November gewählten *electors* werden sich am 16. Dezember in den Hauptstädten der Einzelstaaten treffen und ihre Stimmen in versiegelte Urnen legen. Diese Urnen werden nach Washington D. C. gebracht und erst am 6. Januar 1997 in feierlicher Zeremonie im Kongreß gezählt werden. Das so festgestellte Ergebnis wird offiziell bekannt gemacht, und erst damit wird die Präsidentenwahl formell abgeschlossen sein.

Ganz im Sinne des amerikanischen Systems von *checks and balances*, das jede politische Macht durch eine Gegenmacht ausbalanciert, blieb der Kongreß in der Hand der Republi-